

Unangenehme Einsichten

Die Zocker sind schuld an der Finanzkrise. Sagen die einen. Andere zeigen auf die Politiker, die Schulden machen ohne Ende. Also muss man sparen und/oder die Regeln schärfer fassen.. Aber stimmt das überhaupt? Sind die aus dieser Schuldzuweisung abgeleiteten Maßnahmen geeignet, die sog. Finanzkrise zu bewältigen? Etwa das Zurückfahren der Staatsanteils an der Wirtschaft? Oder das Verbot von Spekulationsgeschäften? Die Einführung einer Transaktionssteuer?

Ich will die Frage so stellen: Wieso gibt es eigentlich so viele Zocker? So viele, dass sie das ganze ökonomische Geschehen bestimmen können. Welcher Prozess, welche Wirkungsmechanismen haben die Wirtschaftsordnungen an diesen Punkt gebracht? Welche Rolle spielt die Realwirtschaft in diesem Prozess. Peer Steinbrück hat dazu Zahlen vorgestellt: „*Das weltweite Handelsvolumen an den Finanzmärkten soll bei ungefähr 4.400 Billionen US-Dollar liegen und damit über 70mal so groß sein wie die jährliche weltweite Wirtschaftsleistung*“¹. Tendenz: Vom Welt-Gesamteinkommen wird immer weniger für den Konsum und damit in der Realwirtschaft verwendet.

Wie kommt es zu dieser Allokation – zu dieser vielleicht sogar unerwünschten Verteilung der Resource Kapital in Realwirtschaft und Finanzwirtschaft. Bewirkt diese Allokation des Kapitals, dass andere ökonomische Größen dauerhaft aus dem Gleichgewicht geraten, handelt es sich um eine Fehlallokation. Diese Fehlallokation lässt sich benennen.

Fakt ist: Ein Haushalt mit durchschnittlichem Einkommen konsumiert 80% des Einkommens. Und zwar überwiegend oder sogar ausschließlich in Güter der sog. Realwirtschaft. Der Haushalt mit dem doppelten Einkommen steckt nur noch 50% in die Realwirtschaft – die restlichen 50% wandern in der Finanzwirtschaft. Bei noch größeren Einkommen liegt die Konsumquote nur noch bei 5% und weniger des Einkommens. 95 % fließen in den Finanzmarkt.

Die Globalisierung hat zwei Entwicklungen beschleunigt: Die Verteilung von Vermögen und Einkommen hat sich im letzten Jahrzehnt verändert. **Immer weniger Menschen verfügen über einen immer größeren Anteil des Vermögens und des Einkommens.** Nach den letzten genaueren Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung² (DIW Berlin) lag das Bruttovermögen der privaten Haushalte in Deutschland im Jahr 2007 bei rund 8 Billionen Euro. Grund- und Immobilienbesitz machte dabei mit 5,3 Billionen Euro den größten Teil aus. Die Schulden der privaten Haushalte – also z. B. Konsumenten- und Hypothekenkredite – beliefen sich im Jahr 2007 auf gut 1,4 Billionen Euro. Nach Abzug der Schulden ergibt sich ein Nettovermögen der privaten Haushalte von insgesamt 6,6 Billionen Euro. Dieses Nettovermögen ist ungleich verteilt: Werden die Personen nach der Höhe ihres Nettovermögens geordnet und dann in zehn gleich große Gruppen (Dezile) eingeteilt, so zeigt sich für das Jahr 2007, dass das reichste Zehntel über 61,1 % des gesamten Vermögens verfügte. Davon hielten die obersten fünf Prozent 46 % und das oberste Prozent etwa 23 % des gesamten Vermögens. Auf der anderen Seite verfügten 27 % der erwachsenen Bevölkerung über kein Vermögen oder waren sogar verschuldet. Gegenüber dem Jahr 2002 hat die Konzentration der Nettovermögen im Top-Dezil weiter zugenommen, in allen anderen Dezilen sind die entsprechenden Anteilswerte 2007 dagegen niedriger.

Das verfügbare Einkommen ist deutlich weniger konzentriert als das Vermögen. **Dennoch besteht zwischen den Verteilungen von Vermögen und Einkommen ein enger**

¹ Peer Steinbrück, Unterm Strich, Hamburg 2010, Seite 192, Volumen der Realwirtschaft: ca. 62 Billionen Dollar

² Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin): Wochenbericht Nr. 4/2009 (PDF-Version: 430 KB)

Zusammenhang. Dem einkommensstärksten Zehntel der Bevölkerung standen 2007 durchschnittlich 317.000 Euro an individuellem Vermögen zur Verfügung, während der entsprechende Wert für das einkommensschwächste Zehntel nur rund 32.000 Euro betrug.

In den letzten 3 Jahrzehnten – also seit 1980 – ist das Einkommen der 350.000 Reichsten Amerikaner um 275 % gestiegen, das der rund 70 Millionen Amerikaner am unteren Ende der Einkommensskala stieg im gleichen Zeitraum lediglich um 18 %³. Die Zahl der Armen in den USA stieg 2011 auf 20 Mio. Menschen, die über weniger als 350 € im Monat verfügen.

Im gleichen Zeitraum stieg der Konzentrationsgrad der Wirtschaft. Auf immer mehr Märkten bestimmt eine stetig schrumpfende Anzahl von Unternehmen über einen kontinuierlich steigenden Marktanteil. So sind es gegenwärtig rund 1.300 Unternehmen, die 80 % des Gesamtnetzwerkes der Unternehmen gewichtet nach Börsenwert kontrollieren. Im Zentrum stehen 147 Akteure, die allein 40 % aller (in der Studie erfassten) Unternehmen kontrollieren⁴.

Beide Prozesse zusammen zeigen Wirkung.

- Die zunehmende Ungleichverteilung führt dazu, **dass die Nachfrage nach Gütern der Realwirtschaft tendenziell sinkt**. Parallel dazu steigt die Nachfrage nach Produkten der Finanzwirtschaft.
- Aus der Wettbewerbstheorie wissen wir, dass Oligopole höhere Preise als unter Wettbewerbsbedingungen erzielen. Mithin die Erträge und Gewinne im Vergleich steigen und zwar deutlich schneller als die Löhne. Auch dazu gibt es anschauliche Zahlen in der Zeitreihe.
- **Auch das führt zu einem tendenziellen Rückgang der Nachfrage nach Gütern der Realwirtschaft.** Die Gewinnausschüttungen fließen in der Regel den Vermögenden oder Besserverdienenden zu oder es werden daraus Unternehmenszukäufe getätigt, was die Konzentration weiter erhöht.

Nur die Politik kann diesen Prozess stoppen, indem Sie die Verteilung ändert bzw. Einfluss auf die Größe und Prozesse nimmt, die die Verteilung beeinflussen (Erbchaftsteuer, Vermögensteuer). Und zwar auf die horizontale – also in Deutschland – und die vertikale Verteilung – also die zwischen den Ländern. Genau genommen „global“. Ob sie das kann? Der erste Schritt dazu wäre dann wohl die Einsicht, dass die zunehmend ungleiche Verteilung von Vermögen und Einkommen Ausgangspunkt der gegenwärtigen globalen Wirtschaftsprobleme ist und nicht (nur) eine Frage formaler Gerechtigkeit.

Lothar Volkelt, Dipl. Volkswirt

³ Zahlen des Etat-Büros des US-Kongresses (CBO) vom Oktober 2011

⁴ Forschungsergebnisse der Züricher Eidgenössische Technische Hochschule (ETH), S. Vitali, J.B. Glattfelder, and S. Battiston: The network of global corporate control, September 2011, 6/36.